

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 7

vom 17. Februar 2012

Redaktion: Katja Richardt

Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Neue Clearingstelle für Menschen ohne Papiere	3
Für das Abenteuer Familie – zehn Jahre welcome	5

Gesundheit und Verbraucherschutz

Enger Zusammenhang zwischen sozialer Lage und Gesundheit schon bei Jugendlichen	6
Senat beschließt Verordnungen zum Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetz	8

Justiz

Gemeinsamer Staatsschutzsenat der norddeutschen Länder gegründet.....	10
---	----

Schule, Jugend und Berufsbildung

Studie belegt: Eltern sind mit der Ganztagsbetreuung zufrieden.....	11
Ausgezeichneter Klimaschutz an Hamburger Schulen	15

Umwelt

Fast Tausend auf einen Streich	20
--------------------------------------	----

Wissenschaft und Forschung

Bundesverfassungsgericht fällt Urteil zur Professorenbesoldung.....	21
---	----

Haushalt und Finanzen

Haushaltsjahr 2011 besser als erwartet.....	22
---	----

Kultur

19 geförderte Filme bei den Internationalen Filmfestspielen	23
---	----

Gedenken Sturmflut 1962

Begleitbuch „Die große Flut“ – Katastrophe, Herausforderung, Perspektiven	24
50 Jahre danach: Bürgermeister Scholz erinnert an die Sturmflutkatastrophe von 1962	26
Gedenkfeier am Flut-Mahnmal in Wilhelmsburg	28

Zur Information

Warnung vor betrügerischen E-Mails.....	29
Warnung vor betrügerischen Telefonanrufen.....	31
Terminkalender	32

13. Februar 2012/basfi13

Neue Clearingstelle für Menschen ohne Papiere

Sozialbehörde verbessert medizinische Versorgung für Zuwanderer

Seit dem heutigen Montag können sich Menschen, die ohne gültige Aufenthaltspapiere in Hamburg leben und medizinische Hilfe benötigen, im Flüchtlingszentrum in der Adenauerallee beraten lassen. Denn dort hat die Sozialbehörde zunächst für einen Zeitraum von drei Jahren eine so genannte Clearingstelle eingerichtet. Für die medizinische Versorgung von Menschen ohne Aufenthaltspapiere hat die Bürgerschaft überdies der Sozialbehörde einen Fonds in Höhe von 500.000 Euro zur Verfügung gestellt.

„Die neue Clearingstelle ist eine Chance, Menschen, die ohne Papiere in Hamburg leben, aus der Illegalität herauszuholen“, sagt **Sozialsenator Detlef Scheele**. Denn jeder Mensch in Deutschland hat im Krankheitsfall ein Recht auf eine angemessene medizinische Versorgung, unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Wer sich in der Clearingstelle beraten lässt, braucht keine Angst vor Abschiebung zu haben, denn alle Daten werden vertraulich behandelt.“

Aus Angst vor ausländerrechtlichen Konsequenzen, aber auch aus Unkenntnis, nehmen viele Zuwanderer die ihnen zustehende Absicherung im Krankheitsfall nicht in Anspruch. Sie tauchen deshalb unter bzw. leben unerkannt, um das Land nicht verlassen zu müssen. Diese Menschen lassen sich im Krankheitsfall meist nur unter falscher Identität oder gar nicht ärztlich behandeln.

Entsprechende Anfragen zum eigenen Krankenversicherungsstatus nimmt die Clearingstelle auch in anonymisierter Form entgegen, so dass die Patienten keine ausländerrechtlichen Konsequenzen befürchten müssen.

Ziel der Sozialbehörde ist es, möglichst viele Menschen ohne Papiere aus der Illegalität herauszuholen und in die Regelversorgungssysteme zu integrieren. Dazu gehört eine umfassende Beratung in der neuen Clearingstelle über die Rechtsansprüche der jeweiligen Patienten. Insbesondere geht es darum, zu klären, ob ein Zugang zum Krankenversicherungssystem im jeweiligen Heimatland oder in Deutschland bzw. ein Anspruch nach den Leistungssystemen des SGB II, SGB XII oder AsylbLG besteht.

In allen Fällen, in denen eine ärztliche Behandlung weder über eine Krankenversicherung noch über Sozialleistungsansprüche möglich ist, können überdies aus den Mitteln des Notfallfonds im Einzelfall

die Kosten für tatsächlich angefallene und medizinisch notwendige Krankenbehandlungen sowie für Materialien oder Medikamente übernommen werden. Diese Leistungen können Ärzte mit der Clearingstelle entsprechend dem Basistarif der privaten Krankenversicherungen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel abrechnen.

Das Flüchtlingszentrum hat bereits vielfältige Erfahrungen im Umgang mit Zuwanderern und wird mit einem Netzwerk aus Ärzten zusammenarbeiten, die derzeit beispielsweise in der Malteser Migranten Medizin und der hausärztlichen Sprechstunde des Diakonischen Werkes ehrenamtlich tätig sind. Ärzte, die das Konzept der Clearingstelle unterstützen wollen, können sich direkt beim Flüchtlingszentrum melden unter: Zentrale Information und Beratung für Flüchtlinge gGmbH, Frau Niethammer, Adenauerallee 10, 20097 Hamburg. Telefon 040/284079123 oder E-Mail-Adresse: niethammer@fz-hh.de

Für Rückfragen der Medien

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration
Hamburger Straße 47 | 22083 Hamburg |
Pressestelle | Nicole Serocka
T +49 40 428 63- 2889 | F +49 40 428 63 - 3849 |
pressestelle@basfi.hamburg.de | www.hamburg.de/basfi

15. Februar 2012/basfi15

Für das Abenteuer Familie – zehn Jahre wellcome

Ehrenamtliche heißen Kinder nach der Geburt willkommen

Am heutigen Mittwoch begeht die Initiative wellcome, die im Norden von Hamburg gegründet wurde, ihr zehnjähriges Jubiläum. Um den Erfolg der Initiative mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) zu feiern, ist Familiensenator Detlef Scheele (SPD) heute in der Hamburger Landesvertretung in Berlin zu Gast.

„Als Hamburger und dreifacher Vater freue ich mich, dass unsere wellcome-Idee auch im Rest der Republik Anklang gefunden hat“, sagt **Familiensenator Detlef Scheele**. „Ich erinnere mich noch gut daran, wie schnell man an die Grenzen seiner persönlichen Belastbarkeit stoßen kann, wenn mit einem Mal ein kleiner Mensch die ganze Aufmerksamkeit für sich beansprucht. Denn mit der Geburt eines Kindes verändert sich das soziale Umfeld - Beruf und Freizeit unterliegen neuen Herausforderungen. Das Abenteuer Familie beginnt. Dabei kann es leicht passieren, dass wohldurchdachte Planungen durcheinander geraten und man für alltägliche Handgriffe Hilfe braucht. Die Initiative wellcome ermutigt Familien, sich auf das Abenteuer Familie einzulassen, indem sie Familien mit Neugeborenen anbieten, sie in der ersten Zeit nach der Geburt ehrenamtlich zu begleiten. Da die wellcome-Teams gut vernetzt sind, können sie bei gravierenden Problemen die jeweilige Familie ins Hilfesystem der Jugendämter weitervermitteln.“

Die wellcome-Teams sind vor Ort an Einrichtungen wie Familienbildungsstätten, Kitas, der Türkischen Gemeinde in Altona oder dem Harburger Netzwerk Frühe Hilfen angebunden. Die ehrenamtlichen Helfer sind in der Regel erfahrene Eltern, die diverse kleine Hilfen im Haushalt der jeweiligen Familien leisten, um diese nach der Geburt eines Kindes zu entlasten.

Hintergrundinformationen

Die gelernte Sozialpädagogin Rose Volz-Schmidt ist die Gründerin der wellcome-Initiative. Sie leitete 15 Jahre lang zwei Familienbildungsstätten in Hamburg und Norderstedt. Nach der Geburt ihrer ersten Tochter im Jahr 2002 kam ihr die Idee, Familien mit Neugeborenen ehrenamtlich zu helfen. Seit 2006 ist sie die Geschäftsführerin der wellcome gGmbH. Weitere Infos im Internet unter www.welcome-online.de

Die wellcome-Initiative ist innerhalb eines Jahrzehnts stark expandiert. Im ersten Jahr betreuten 15 Ehrenamtliche in Hamburg knapp 30 Familien. Inzwischen sind es allein in Hamburg 150 Ehrenamtliche, die 340 Familien an 15 Standorten unterstützen. Pro Jahr finanziert die Familienbehörde die Initiative mit rund 33.000 Euro.

Für Rückfragen der Medien

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration
Hamburger Straße 47 | 22083 Hamburg | Pressestelle | Nicole Serocka
T +49 40 428 63- 2889 | F +49 40 428 63 - 3849 |
pressestelle@basfi.hamburg.de | www.hamburg.de/basfi

13. Februar 2012/bgv13

Enger Zusammenhang zwischen sozialer Lage und Gesundheit schon bei Jugendlichen

Gesundheitsbehörde legt Bericht zu Gesundheit und Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen in Hamburg vor

Zum überwiegenden Teil sind Jungen (88 Prozent) und Mädchen (83 Prozent) in Hamburg mit ihrem Leben zufrieden und stufen ihren Gesundheitszustand positiv ein. Gleichzeitig klagen jedoch 20 Prozent der Jugendlichen über Schlafstörungen, ebenso viele zeigen Anzeichen für emotionale Probleme oder Verhaltensauffälligkeiten. Dies sind nur einige der Erkenntnisse, die sich aus den Ergebnissen der repräsentativen Befragung von rund 1.700 Kindern und Jugendlichen ablesen lassen. Diese Ergebnisse wurden jetzt im Bericht „Gesundheits- und Lebenslagen 11 bis 15jähriger Kinder und Jugendlicher in Hamburg“ der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz (BGV) veröffentlicht.

„Besonders beunruhigen muss uns der Zusammenhang zwischen sozialer Lage und Gesundheit auch bei Jugendlichen. Kinder und Jugendliche mit geringem Familienwohlstand sitzen länger vor dem Fernseher oder dem Computer, sind weniger körperlich aktiv, ernähren sich schlechter und haben einen schlechteren Gesundheitszustand“, so **Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks**. „Deshalb müssen wir mit der Gesundheitsförderung noch früher beginnen und spezielle Angebote für benachteiligte Jugendliche machen. Dank der vorliegenden Daten und Erkenntnisse können wir nun mit der Gesundheitsförderung und der Prävention gezielter ansetzen.“

Einige weitere Ergebnisse im Überblick:

- 70 Prozent der Befragten leben in so genannten Kernfamilien (leibliche Mutter und Vater);
- Freundschaften außerhalb der Schule werden zu einem großen Anteil über elektronische Kommunikationsmittel gepflegt;
- Schlafstörungen sind die häufigste Befindlichkeitsstörung. Jeder fünfte 15jährige gibt an, täglich oder mehrmals in der Woche schlecht einschlafen zu können;
- Kinder mit Migrationshintergrund zeigen häufiger Anzeichen für psychische Probleme, insbesondere Verhaltensauffälligkeiten;
- Bei den 15jährigen gibt jeder zehnte Befragte an, täglich zu rauchen; von ebenso vielen wird häufiger Alkoholkonsum eingeräumt;
- Jeder dritte 15jährige frühstückt nicht;
- Nur 25 Prozent der Jungen und 10 Prozent der Mädchen sind jeden Tag körperlich aktiv;

- Mit steigendem Alter sinken Obst- und Gemüsekonsum insbesondere bei Jungen. Der Konsum von Fast-Food steigt hingegen an. Lediglich 10 Prozent der Befragten essen kein Fast-Food.
- Dennoch sind Jungen mit dem eigenen Gewicht häufiger zufrieden, insgesamt fühlt sich aber jede bzw. jeder zweite 15-Jährige zu dick;
- 20 Prozent der Befragten sehen täglich mehr als drei Stunden fern.

Der Bericht „Gesundheits- und Lebenslagen 11 bis 15-jähriger Kinder und Jugendlicher in Hamburg“ basiert auf einer repräsentativen Befragung von rund 1.700 Hamburger Schülerinnen und Schülern aus 21 Schulen. Die Erhebung erfolgte in Kooperation mit dem Universitätsklinikum Eppendorf (UKE) im Rahmen der Health Behaviour in School-aged Children (HBSC)-Studie der Weltgesundheitsorganisation WHO.

Der Bericht steht in Kürze Internet unter <http://www.hamburg.de/gesundheitsberichte/> zur Verfügung. Der Bericht ist zu beziehen über die BGV, Fachabteilung Gesundheitsberichterstattung und Gesundheitsförderung, unter Tel. 428 37 – 1999 bzw. per Mail unter gesundheitslotsen@bgv.hamburg.de.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

14. Februar 2012/bgv14

Alle Hamburger Pflegeeinrichtungen werden barrierefrei - Fachkräftequote in der Pflege auf 50 Prozent festgeschrieben

Senat beschließt Verordnungen zum Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetz

Der Senat hat heute die von der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz vorgelegten drei Verordnungsentwürfe zum Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetz beschlossen. Die Verordnungen sehen detaillierte fachliche Anforderungen zur Umsetzung des 2010 in Kraft getretenen Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetzes vor. „Mit den Verordnungen schafft Hamburg Wohnstandards, die eine individuelle und die Privatsphäre achtende Pflege ermöglichen“, so Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks. „Detaillierte Anforderungen an die Qualifikation der Pflegekräfte und das Personalmanagement der Einrichtungen werden wesentliche Faktoren für eine künftige hohe Qualität der Pflege sein.“ Die Verordnungen enthalten Mindestanforderungen für den Bau, das Personal und die Mitwirkung von Bewohnerinnen und Bewohner in Servicewohnanlagen („Betreutes Wohnen“), Pflege- und Behinderteneinrichtungen sowie für ambulante Dienste.

Zentrale Inhalte der heute vom Senat beschlossenen Verordnungen sind:

- Individuelle Wohneinheiten als Alternativen zu klassischen Pflegeheimen mit großen Stationen.
- Vielfalt der Wohnangebote mit gesicherten Standards für Neubauten, wie Mindestgrößen von 14 qm für Einzelzimmer und mindestens ein Bad je zwei Bewohner.
- Servicewohnanlagen, Pflege- und Behinderteneinrichtungen müssen den Bedürfnissen der Bewohnerinnen und Bewohner entsprechend barrierefrei sein. Für Neu- und Umbauten gilt dies sofort, für Bestandsbauten spätestens 2022.
- Betreiber der Einrichtungen werden zu einer systematischen Personalentwicklung verpflichtet. Dazu gehören auch die Gesundheitsförderung und familienfreundliche Arbeitszeiten.
- Mindestens jeder Zweite der Beschäftigten für betreuende Tätigkeiten in Wohneinrichtungen muss eine Fachkraft sein (Fachkräftequote). Fachkräfte im Sinne der neuen Personalverordnung sind Beschäftigte für betreuende Tätigkeiten mit zumindest einer dreijährigen einschlägigen Berufsausbildung. Der Anteil ungelernter Kräfte in der Betreuung darf höchstens 40 Prozent betragen.
- Als Einrichtungsleitung kann tätig sein, wer über ein abgeschlossenes Studium der Fachrichtungen Pflege, soziale Arbeit, Psychologie, Gesundheits-, Pflege- oder Sozialmanagement oder über eine

gleichwertige Berufsqualifikation verfügt. Dazu gehören insbesondere eine Ausbildung als Pflegefachkraft und darauf aufbauende Weiterbildungen.

- Der Einsatz von Leiharbeitnehmern in Pflege- und Behinderteneinrichtungen ist zukünftig nur noch in Ausnahmesituationen, wie zum Beispiel krankheitsbedingten Personalengpässen, zulässig.
- Durch die neue Mitwirkungsverordnung wird Bewohnerinnen und Bewohnern in Servicewohnanlagen die Möglichkeit eröffnet, sich ein Mitwirkungsgrremium in Form eines Hausbeirates zu geben, um gemeinschaftlich ihre Interessen als Mietergemeinschaft vertreten zu können.
- Zur Unterstützung des Beirates in Pflege- und Behinderteneinrichtungen kann eine ehrenamtliche Ombudsperson berufen oder ein freiwilliger Angehörigenbeirat gebildet werden.
- Die Interessenvertretung von schwerstbehinderten Personen wie Menschen mit Demenz wird verbessert.

Senatorin Prüfer-Storcks: „Pflegebedürftige in Heimen und ihre Angehörigen sind in hohem Maße auf den Schutz des Staates angewiesen. Denn während Unterschiede in den Wohnformen augenfällig sind, entzieht sich die Personalausstattung und -qualifikation weitgehend ihrer Kontrolle. Auf der anderen Seite müssen wir aber auch im Auge behalten, dass die Vorgaben für die Pflegeheimbetreiber erfüllbar sind. Nur so stehen auch in Zukunft Pflegeplätze in ausreichendem und bezahlbarem Umfang zur Verfügung. Wir wollen die Einrichtungen bei der Gewinnung von Pflegekräften unterstützen, statt die Fachkräftequote herab zu setzen.“

In Hamburg entstehen bereits in die Stadtteile integrierte Wohn- und Betreuungsangebote, wie z.B. Wohngemeinschaften für Menschen mit Demenz. Die Stadt hat diese Angebote bisher mit investiven Förderungen von 1,8 Mio. Euro unterstützt. Diese Förderrichtlinie soll nun neu aufgelegt werden und dadurch auch 2012 rund eine Mio. Euro zur Verfügung stehen.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

16. Februar 2012/bjg16

Gemeinsamer Staatsschutzsenat der norddeutschen Länder gegründet

Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein haben am heutigen Donnerstag einen gemeinsamen Staatsschutzsenat mit Sitz in Hamburg gegründet. Die Richterinnen und Richter des Staatsschutzsenates des Hanseatischen Oberlandesgerichts werden zukünftig über die Staatsschutzverfahren aller drei Nordländer entscheiden. Bisher wurden in Hamburg schon die Verfahren aus Bremen mitverhandelt. Im Hamburger Rathaus unterzeichneten **Justizsenatorin Jana Schiedek**, Mecklenburg-Vorpommerns **Justizministerin Uta-Maria Kuder** und Schleswig-Holsteins **Justizminister Emil Schmalfuß** zu diesem Zweck einen Staatsvertrag.

Justizsenatorin Jana Schiedek: „Mit der Errichtung des gemeinsamen Staatsschutzsenates in Hamburg können wir die erfolgreiche Zusammenarbeit unter den norddeutschen Ländern um ein Kapitel erweitern. Das Hanseatische Oberlandesgericht hat über die Landesgrenzen hinaus einen exzellenten Ruf. Der Vertragsschluss ist für uns ein großer Vertrauensbeweis unserer Partner im Norden und stellt zugleich eine bedeutsame Verpflichtung für Hamburg dar.“

Der Staatsschutzsenat ist ein besonderer bei den Oberlandesgerichten eingerichteter Senat. Darin urteilen Richterinnen und Richter beispielsweise über Straftaten mit terroristischem Hintergrund oder Spionage. Eine Anklage beim Staatsschutzsenat kann ausschließlich der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof **erheben**. Er führt beispielsweise das Ermittlungsverfahren gegen die rechtsextremistische Gruppierung der „Zwickauer Terrorzelle“. In Hamburg sorgte zuletzt das „El-Motassadeq“-Verfahren bundesweit für Aufmerksamkeit.

Die norddeutschen Länder kooperieren bereits in vielfältigen Bereichen der Justiz. Bereits in den 50er Jahren verständigten sich Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hamburg auf einen gemeinsamen Zollsenat beim Finanzgericht Hamburg. Im Gemeinsamen Prüfungsamt am Dammtorwall wird seit vielen Jahren zusammen mit Schleswig-Holstein und Bremen die Zweite Juristische Staatsprüfung abgenommen. Seit 2005 betreiben Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern im Gebäude des Amtsgerichts Hamburg-Altona erfolgreich ein gemeinsames Mahngericht.

Kontakt:

Dr. Sven Billhardt

Behörde für Justiz und Gleichstellung, Pressestelle

Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4327953, Fax: 040 427943 258

E-Mail: pressestelle@justiz.hamburg.de

13. Februar 2012/bsb13

Studie belegt: Eltern sind mit der Ganztagsbetreuung zufrieden Senator Rabe plant Verbesserungen und sozial gestaffelte Gebühren

Schulsenator Ties Rabe hat die wissenschaftliche Auswertung der ersten neuen Ganztagsgrundschulen vorgestellt. Rabe: „Die Ergebnisse sind erfreulich und bestätigen den großen Bedarf. Mehr als 40 Prozent aller Kinder nahmen an der freiwilligen Nachmittagsbetreuung teil. Kinder und Eltern sind mit dem Angebot zufrieden und schätzen, dass Beruf und Familie besser verbunden werden können, dass die Kinder Spielkameraden finden sowie sinnvolle Freizeitangebote und Hausaufgabenhilfe bekommen. Die Auswertung nennt aber auch eine Reihe von Handlungsfeldern für Verbesserungen, die jetzt eingeleitet werden sollen.“

Das Angebot ist von 13 bis 16 Uhr freiwillig und kostenlos. Die bisherigen Gebühren für Rand- und Ferienzeiten sowie für das Mittagessen sollen künftig sozial gestaffelt werden, um allen Familien die Teilnahme zu ermöglichen. Ties Rabe: „Die Reform schafft mehr als 10.000 zusätzliche Ganztagsangebote gegenüber dem bisherigen Hortsystem. Im Vergleich zum Hort zahlen viele Eltern weniger, keiner zahlt mehr.“

Das Landesinstitut der Schulbehörde hatte die ersten sieben Pilotschulstandorte im Schuljahr 2010/11 untersucht und dabei das pädagogische Personal, die Eltern der 1.599 Kinder sowie die Kinder selbst befragt.

Die wichtigsten Ergebnisse der Befragung:

- Die **Teilnahmequote** lag von 13-16 Uhr bei 40,9 % (S. 9), in den Randzeiten vor 8 und nach 16 Uhr bei rund 5 % (S. 11) und in den Ferienzeiten bei rund 14 % (S. 12). Kinder mit Migrationshintergrund sind - wie im Hort - etwas unterrepräsentiert (S. 9).
- **Die Eltern sind mit den Angeboten zufrieden.** Auf einer Skala von 1 bis 4 erreicht der Satz „Ich finde, mein Kind ist in der Ganztagschule in guten Händen“ einen Zustimmungswert von 3,04. Fast gleich auf liegt der Zustimmungswert von 3,0 für den Satz „Mein Kind nimmt insgesamt gern am Ganztage teil.“ (S. 26)
- Eltern schätzen, dass durch die Ganztagsangebote **Beruf und Familie besser verbunden werden** können (3,53), dass ihre Kinder **Spielkameraden finden** (3,0) sowie **sinnvolle Freizeitangebote** (2,82) und **Hausaufgabenhilfe** (2,6) bekommen (S. 20). Eltern mit Migrationshintergrund hoffen, dass ihr Kind **besser Deutsch lernt** (3,14), Neues lernt (3,07) und seine **Freizeit sinnvoll gestaltet** (3,0) (S. 28).

- **Kritische Punkte:** Eltern kritisieren öfters die Qualität des Mittagessens und sind bereit für bessere Essenqualität ggf. mehr zu zahlen (S. 23 ff). Unkritisch schätzen die Eltern die Raumsituation ein. Im Vergleich zum bisherigen Hortsystem wünschen sie sich anspruchsvollere Freizeitangebote (S. 27 & 31) und Verbesserungen in der Hausaufgabenbetreuung (S. 24).
- 54% der 178 befragten Kinder der Klassen 2-4 **fanden die Ganztagsangebote „gut“**, 37 % bewerten sie mit „mittel“ und nur 8 % fanden sie „nicht gut“. Auch mit den Erziehern waren die Kinder sehr zufrieden (67% gut, 31% mittel, 2% nicht gut). Ähnliche Zustimmung gibt es für Mittagessen (50%, 39 %, 11 %), etwas weniger für die Hausaufgabenbetreuung (37 %, 47%, 16%). (S. 32-36)
- Die **Kinder kritisierten** vor allem, dass sie ihre Spielsachen nicht mitnehmen können und bei der Anschaffung von Spielzeug selten beteiligt werden. Vielen war es beim Mittagessen zu laut (S. 34). Wie die Eltern äußern auch die Kinder keine Kritik an der Raumnutzung.
- Die **Leitungskräfte von Schule und Hort** bewerten ihre Zusammenarbeit positiv. Kritisiert wird, dass die jeweiligen Kollegien von Schule und Hort zu wenig in die Konzeption einbezogen werden konnten und sich untereinander zu wenig austauschen können (S. 50-52). Schwierig sei die Betreuungssituation in den wenig gebuchten Randzeiten. Die räumliche Situation wird positiv bewertet (S. 46-49), die Kita-Leitungen wünschen sich zum Teil Platz für weitere Kuschelecken (S. 47).
- Unabhängig von diesen empirisch gesicherten Befragungen verweisen die Wissenschaftler in ihrer Studie auf **weitere Handlungsfelder**. So müsse das pädagogische Angebot (Hausaufgabenhilfe und Freizeitangebote) konzeptionell weiter verbessert werden. Der Wunsch vieler Eltern nach flexiblen Abholzeiten konkurriere hier mit dem Wunsch vieler Eltern nach anspruchsvollen Angeboten. Eltern und Kinder seien bei der Gestaltung stärker zu beteiligen, die Angebote müssten mit Stadtteilangeboten stärker vernetzt werden.

Ties Rabe: „Wir nehmen diese Hinweise ernst und haben nachgebessert. Der neue Landesrahmenvertrag verbessert daher die künftige Ausstattung gegenüber den überprüften Pilotschulen ganz wesentlich:

- Statt der bisher veranschlagten 40 Prozent können nach der neuen Planung sogar 50 Prozent aller Kinder am Ganztagsangebot teilnehmen.
- Für eine bessere Personalausstattung wurden die Mittel um 25 Prozent erhöht.
- Um die Randzeitenbetreuung trotz schwankender Teilnahmezahlen sicherzustellen, gibt es künftig eine standortbezogene Pauschale von 10.000 Euro im Jahr.
- Um die Zusammenarbeit von Lehrkräften und Erziehern zu verbessern, werden pro Standort 25.000 Euro jährlich zur Finanzierung von Übergabe- und Gesprächszeiten zur Verfügung gestellt.
- Das Essen an den Grundschulen soll durch ein Ausbauprogramm für Kantinen im Umfang von 100 Millionen Euro verbessert werden. Die Schulbehörde unterstützt darüber hinaus die Schulen bei Auswahl, Verhandlung und Abstimmung mit Anbietern für das Catering.
- Für die Anschaffung von flexiblem Mobiliar zur Doppelnutzung von Klassenräumen werden jährlich rund 2,5 Millionen bereitgestellt.

Verbesserungen gibt es auch in Bezug auf die Gebühren. Wie bisher ist die Teilnahme in der Zeit von 13 bis 16 Uhr für alle Kinder ab Klasse 1 kostenlos. Die Gebühren für die Betreuung in den Randzeiten von 6-8 Uhr und 16-18 Uhr sowie in den Ferien und auch die Gebühren für das Mittagessen werden künftig jedoch sozial gestaffelt. Je nach Nettoeinkommen und Kinderzahl wird der Beitrag um 25%, 50%, 70% oder 80% reduziert. Für Kinder aus Familien im Leistungsbezug ist zudem das Mittagessen kostenlos. Der Beitrag für Geschwisterkinder wird bei allen Familien auf 33,3% für das zweite bzw. 20% für das dritte Kind verringert.

Ties Rabe: „Das Gebührensystem ist einfach und transparent. Die Gebührensätze sind sozial gestaffelt und sind selbst bei Einberechnung der gesonderten Gebühren für das Mittagessen nicht höher als beim bisherigen Hort. Die neuen Gebührensätze werden für viele Familien eine Entlastung bringen und sind sozial gerecht.“

Eine durchgängige Randzeitenstunde kostet maximal 30 Euro im Monat. Für eine Ferienwoche von 8-16 Uhr werden monatlich maximal 7,50 Euro berechnet, für eine Ferienwoche von 6-18 Uhr maximal 10 Euro. Ein Mittagessen kostet maximal 3,50 Euro. Je nach Nettoeinkommen und Kinderzahl werden die Gebühren zum Teil deutlich reduziert.

Gebührentabelle:

Die in der Tabelle genannten Gebühren sind Monatsbeträge, die 12 Monate im Jahr zu zahlen sind. Sie gelten für den Vollzahler (100%) ohne Ermäßigung. Die einzelnen Leistungsmodule ergeben addiert die zu zahlende Monatsgebühr.

	Leistungsmodule		Monatsgebühr für Vollzahler (100%)
Während der Schulzeit			
	Frühbetreuung	06-07 Uhr	30 Euro
	Frühbetreuung	07-08 Uhr	30 Euro
	Kernzeit	13-16 Uhr	gebührenfrei
	Spätbetreuung	16-17 Uhr	30 Euro
	Spätbetreuung	17-18 Uhr	30 Euro
Während der Ferien (pro gebuchter Woche)			
	Ferienbetreuung	8-16 Uhr	7,50 Euro
	Ferienbetreuung mit Randzeiten	max. 6 bis 18 Uhr	10 Euro

Für die Vorschüler betragen die Gebühren für Betreuungszeiten nur 40% der Beträge aus der Gebührentabelle (12 Euro pro Randzeitenstunde). Zusätzlich zahlen alle Vorschüler für die Betreuungszeit von 13 bis 16 Uhr eine Grundgebühr von 5 Euro.

Fallbeispiel nur Betreuung:

Eltern buchen für ihr Schulkind eine Spätbetreuung von 16 bis 18 Uhr, für Höchstzahler werden dann 2 mal 30 Euro fällig. Zudem werden 8 Wochen Ferien mit Randzeiten gewünscht. Dafür werden 8 mal 10 Euro fällig. Daraus ergibt sich eine monatliche Gebühr für Höchstzahler von 140 Euro.

Fallbeispiele Betreuung plus Mittagessen:

Wer als **Höchstzahler** sein Kind in der Schulzeit von 7 bis 17 Uhr (Nutzung von zwei Randstunden a 30 Euro) und in weiteren sechs Ferienwochen von 7 bis 17 Uhr (Nutzung von sechs Ferienwochen mit Randzeiten a 10 Euro) betreuen lässt, zahlt monatlich $2 \times 30 + 6 \times 10 = 120$ Euro. Zusätzlich sind für das Mittagessen pro Monat maximal 70 Euro zu zahlen. Die Monatsgebühren betragen dann 190 Euro für die tägliche Betreuung in Rand- und Ferienzeiten sowie für das tägliche Mittagessen.

Eine **Familie mit zwei Kindern** und einem bereinigten Haushaltsnettoeinkommen von **monatlich 4.000 Euro** zahlt 100% dieser Gebühren (187 Euro) für das erste Kind und 33,3% für das zweite Kind (62 Euro).

Beträgt das **Nettoeinkommen 2.500 Euro**, zahlt die Familie nur 75% der Gebühren für das erste Kind (140 Euro) und 25% (33,3% von 75%) für das zweite Kind (46 Euro).

Bei einem **Haushaltsnettoeinkommen von 2.250 Euro** beträgt der Satz sogar nur 50% für das erste Kind (93 Euro) und 16,6% (33,3% von 50%) für das zweite Kind (31 Euro).

Der komplette GBS-Evaluationsbericht „Evaluation der Pilotierung an sieben Standorten im Schuljahr 2010/2011“ wird im Internet unter <http://li.hamburg.de/publikationen> veröffentlicht.

Für Rückfragen der Medien:

Behörde für Schule und Berufsbildung

Peter Albrecht, Pressesprecher

Tel: (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de,

Internet: www.hamburg.de/bsb

13. Februar 2012/bsb13a

Ausgezeichneter Klimaschutz an Hamburger Schulen

Schulsenator Ties Rabe zeichnet 26 Hamburger Schulen mit dem Gütesiegel „Klimaschule 2012-2013“ im Johanneum aus.

„Klimaschutz in Hamburger Schulen ist nicht mehr nur vom Engagement Einzelner in der Schule abhängig. Mit einem eigenen Klimaschutzplan verändert sich die Schule auch strukturell und übernimmt dauerhaft Verantwortung für unsere Lebensgrundlagen“, lobte Schulsenator Ties Rabe in seiner Ansprache an die 26 neuen Hamburger Klimaschulen. Am Montag, 13.02.2012 wurden die Klimaschulen in der Gelehrtenschule des Johanneums – ebenfalls frisch gekürte Klimaschule – ausgezeichnet.

Das Modell der „Klimaschulen“ existiert seit 2009 und ist in dieser Form bundesweit einzigartig: Schulen entwickeln Klimaschutzpläne mit kurz-, mittel- und langfristigen Zielen und legen Maßnahmen fest, mit denen die Ziele erreicht werden. Dabei geht es in den Schulen sowohl um die Einsparung des schädlichen Klimagases CO₂ als auch um einen pädagogischen Auftrag der Schule. Es beginnt vieles mit der Bewusstseinsbildung der Schülerinnen und Schüler und der Vorbildfunktion insbesondere von Lehrkräften und Eltern. Wem bewusst ist, dass allein durch einen fleischfreien Tag in der Woche Hamburg jedes Jahr für zwei Monate autofrei sein könnte, sieht den „Verzicht“ vermutlich mit anderen Augen. Und viele der Schulkantinen in den Klimaschulen reduzieren den Fleischanteil bereits durch gesunde „Veggi-Days“.

Fast 1.000 pädagogische und technische Maßnahmen planen die neuen Klimaschulen in diesem Jahr. Gemeinsam mit den Klimaschulen des Vorjahres wollen die 50 Schulen gut 2.500 Tonnen CO₂ in 2012 einsparen. Das entspricht dem Ausstoß einer durchschnittlichen Hamburger Schule durch Strom und Heizenergie über acht Jahre hinweg. Das Projektteam „Klimaschutz an Schulen“ am Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI) unterstützt sie dabei noch bis Ende 2012. Danach soll das Modellvorhaben in die Behörden dauerhaft integriert werden.



Das Gütesiegel Klimaschule

Das Gütesiegel „Klimaschule“ wird jeweils für zwei Jahre vergeben. Um es erneuert zu erhalten, wird geprüft, ob die geplanten Klimaschutzaktivitäten umgesetzt wurden und der Klimaschutzplan erfolgreich fortgeschrieben ist.

50 Klimaschulen aus allen Schulformen gibt es nun bereits in Hamburg. Erfüllen auch die 20 Schulen, die ab Februar 2012 am Projekt „Klimaschutz an Schulen“ teilnehmen, die Gütekriterien einer Klimaschule, so tragen bis Ende des Jahres knapp 20% aller allgemeinbildenden staatlichen Schulen in Hamburg den Titel „Klimaschule“. Mehr Informationen unter www.li.hamburg.de/klimaschutz.

Kontakt:

Christine Stecker
Referentin für Öffentlichkeitsarbeit
Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung
Projekt „Klimaschutz an Schulen“
Tel: (040) 428842-344

E-Mail: christine.stecker@li-hamburg.de, Internet www.li.hamburg.de/klimaschutz

Für Rückfragen der Medien:

Peter Albrecht, Pressesprecher
Behörde für Schule und Berufsbildung
Tel: (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/bsb

Anlage 1: Liste der neuen Klimaschulen 2012-2013

Anlage 1: Die „Klimaschulen 2012 - 2013“

Gerne können Sie für Ihre Berichterstattung direkten Kontakt zu den Klimaschulen aufnehmen.

Ansprechpartner für weitere Informationen:

Christine Stecker

Referentin für Öffentlichkeitsarbeit

Projekt „Klimaschutz an Schulen“

Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI), Hamburg

christine.stecker@li-hamburg.de, Telefon 040 42 88 42 - 344

	Schule	Stadtteil	Kontaktperson
1	Alexander-von-Humboldt-Gymnasium	Wilstorf	Yvonne De Nardo Telefon 6453910
2	Carl-von-Ossietzky-Gymnasium	Poppenbüttel	Holger Mihm Telefon 6087486
3	Charlotte-Paulsen-Gymnasium	Wandsbek	Gerd Sonnenberg Telefon 42882001
4	Gelehrtenschule des Johanneums	Winterhude	Burkhard Arnold Telefon 4288270
5	Gymnasium Corveystraße	Lokstedt	Herr Ramien, Herr Haatje Telefon 4288679-0
6	Gymnasium Heidberg	Langenhorn	Herr Pöhler, Herr Reich Telefon 428892-02
7	Gymnasium Marienthal	Marienthal	Peter Wendling, Katharina Buchmann Telefon 4288631-0
8	Gymnasium Ohmoor	Niendorf	Carl Bautsch Telefon 5558910
9	Gymnasium Rissen	Rissen	Tim Ellmers Telefon 819536-0
10	Gymnasium Süderelbe	Neugraben-Fischbek	Frau Neukirch Telefon 7020720

	Schule	Stadtteil	Kontaktperson
11	Heilwig-Gymnasium	Alsterdorf	Günter Bergfeld Telefon 42886890
12	Heinrich-Heine-Gymnasium	Poppenbüttel	Kristin Kosalla Telefon 4288681-0
13	Immanuel-Kant-Gymnasium	Marmstorf	Markus Hübner Telefon 7610410
14	Johannes-Brahms-Gymnasium	Bramfeld	Frank Pauleit Telefon 4288629-0
15	Rudolf-Steiner-Schule Wandsbek	Farmsen-Berne	Sebastian von Verschuer Telefon 645895-0

Fortsetzung Klimaschulen 2012-2013

16	Schule Bekkamp	Jenfeld	Dr. Wolfgang Mahns Telefon 654971-0
17	Schule Lehmkuhlenweg (Grundschule)	Sülldorf	Peter Mein, Frau von Glischinski Telefon 413659-0
18	Schule Rahlstedter Höhe (Grundschule)	Rahlstedt	Frau Kaese Telefon 648988-0
19	Schule Redder (Grundschule)	Sasel	Beate Haase Telefon 636461-3
20	Schule Traberweg (Grundschule)	Farmsen-Berne	Sabine Grulich Telefon 645582-0
21	Staatliche Gewerbeschule Kraftfahrzeugtechnik, G 9	Hamm	Frank Lönne-Hölting
22	Staatliche Handelsschule Altona, H 6	Altona	Irmtraud Oldenbusch
23	Staatliche Handelsschule mit Wirtschaftsgymnasium Harburg, H 10	Harburg	Michael Schulz
24	Stadtteilschule Alt-Rahlstedt	Alt-Rahlstedt	Karin Schütz-Carl Telefon 6758666-0
25	Stadtteilschule Bergedorf	Bergedorf	Ingrid Döring Telefon 42892-01
26	Stadtteilschule Wilhelmsburg	Wilhelmsburg	Frau Kobahn, Herr Weißenborn Telefon 428825-110

15. Februar 2011/bsu15

Fast Tausend auf einen Streich

Alle Namen aller Spenderinnen und Spender von „Mein Baum - meine Stadt“ auf der Spendentafel am Rande des Rathausmarkts

Damit ist jetzt das letzte Versprechen der großen Umwelthauptstadt-Kampagne „Mein Baum - meine Stadt“ eingelöst: 981 Spenderinnen und Spender sind ab sofort auf einer transparenten Plexiglassäule auf dem Rathausmarkt verzeichnet, die sich um eine Platane hinter dem Heinrich Heine Denkmal schmiegt. Die Spendentafel steht dort bis zum 15. Mai. Da sie schnell auf- und abgebaut werden kann, wird sie danach an öffentlichkeitswirksamen Orten in allen sieben Hamburger Bezirken gezeigt. Ein Foto können Sie unter www.hamburg.de/3294938; www.hamburg.de/3294944; www.hamburg.de/3294946 herunterladen.

Alle Spenderinnen und Spender haben insgesamt 300.401,93 Euro zusammengebracht, mit denen 601 zusätzliche Bäume im Rahmen von „Mein Baum - meine Stadt“ gepflanzt werden konnten. Damit kamen in der Kampagne 2.612 Straßenbäume in die Erde. Dadurch konnten von Anfang Oktober bis Ende Dezember in einer bundesweit beispiellosen Aktion alle seit zehn Jahren fehlenden Straßenbäume ersetzt werden. Die Stadt hat davon im Jahr der Umwelthauptstadt den Löwenanteil von 2011 Bäumen selbst gepflanzt und alle Baumspenden ab 500 Euro verdoppelt. Der Durchschnittspreis für einen Straßenbaum beträgt 1.000 Euro. Auch der Erste Bürgermeister und alle Senatsmitglieder haben für je einen Baum gespendet.

Umweltsenatorin Jutta Blankau: „Mein Dank geht nochmals an die vielen Spender! Sie haben entscheidend dabei geholfen, dass Hamburgs Titel „Umwelthauptstadt 2011“ sichtbar geworden ist und nachhaltig bleibt. Denn für Umwelt und Nachhaltigkeit in der Stadt gibt es kein besseres Zeichen als den Straßenbaum. Meine Ulme steht in Neuwiedenthal, womit wir auch klar machen wollten, dass gerade dort nachgepflanzt wird, wo die Spenden nicht so üppig fließen.“

Kontakt:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Volker Dumann,
T: (040)428.40-32 49, Volker.Dumann@bsu.hamburg.de.

14.Februar 2012/bwf14

Bundesverfassungsgericht fällt Urteil zur Professorenbesoldung W2-Besoldung der Professorinnen und Professoren in Hessen wird für verfassungswidrig erklärt

Das Bundesverfassungsgericht hat heute auf Grund der Klage eines Professors an einer hessischen Hochschule festgestellt, dass die in Hessen an Professorinnen und Professoren der Besoldungsgruppe W2 gezahlten Grundgehälter nicht amtsangemessen und damit verfassungswidrig sind. Der hessische Gesetzgeber wurde vom Gericht aufgefordert, bis zum 1. Januar 2013 eine verfassungsgemäße Neuordnung zu schaffen.

Dr. Dorothee Stapelfeldt, Senatorin für Wissenschaft und Forschung: „Die Behörde für Wissenschaft und Forschung legt großen Wert auf eine amtsangemessene Besoldung der Professorinnen und Professoren an den Hamburger Hochschulen. Sie erbringen hervorragende Leistungen in Lehre und Forschung und leisten wichtige Beiträge für Bildung und Wissenschaft. Dies muss sich auch in einer sachgerechten Besoldung widerspiegeln.

Die Behörde wird daher die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Professorenbesoldung in Hessen sorgfältig prüfen, um beurteilen zu können, ob und gegebenenfalls welche Schlussfolgerungen für die Professorenbesoldung in Hamburg daraus zu ziehen sind.“

Für Rückfragen:

Behörde für Wissenschaft und Forschung, Svenja Brandt

Tel.: 040 – 42863 2322, Mobil: 0171 – 388 24 32

E-Mail: svenja.brandt@bwf.hamburg.de

14.02.2012/fb14

Haushaltsjahr 2011 besser als erwartet

Finanzsenator stellt vorläufigen Jahresabschluss vor

Finanzsenator Dr. Peter Tschentscher stellte heute den vorläufigen Abschluss des Haushaltsjahres 2011 vor. Die Bereinigten Gesamtausgaben betrugen 11.519 Millionen Euro. Gegenüber dem Planwert von 11.581 Millionen Euro lagen sie damit um 62 Millionen Euro niedriger. Das Jahr 2011 war geprägt durch hohe konjunkturell bedingte Steuermehreinnahmen. Sie lagen rund 320 Millionen Euro über dem Trend, den der Senat in seinem Finanzkonzept zugrunde gelegt hat.

„Strikte Ausgabendisziplin, hohe Steuereinnahmen, weniger Neuverschuldung, Schonung der Rücklagen, Tilgung von Altlasten – das ist das Ergebnis des ersten Haushaltsjahres des SPD-Senats“, so Finanzsenator Tschentscher heute.

Das Defizit fiel 2011 mit 432 Millionen Euro deutlich geringer aus als im Vorjahr (944 Mio. Euro) und auch deutlich niedriger als Anfang des Jahres zu befürchten war. Der Senat habe zusätzlich Wohnungsbaudarlehen beim Bund in Höhe von 219 Millionen Euro getilgt und das defizitäre Sondervermögen „Stadt und Hafen“ mit 207 Millionen Euro ausgestattet. Ohne diese beiden Maßnahmen, die den Haushalt langfristig entlasten, wäre das Defizit im Jahr 2011 fast auf Null gesunken. Schuldentilgung und der Ausgleich von Defiziten in Nebenhaushalten erklären weitestgehend den Ausgabenzuwachs gegenüber dem Vorjahr. Die Steuermehreinnahmen des Jahres 2011 wurden konsequent eingesetzt, um die Neuverschuldung im Kernhaushalt zu senken und die Rücklagen zu schonen.

Rückfragen:

Pressestelle der Finanzbehörde, Björn Domroese

Telefon (040) 428 23 - 2033, Telefax (040) 4279 23 - 866

E-Mail: bjoern.domroese@fb.hamburg.de

12.02.2012/kb12

Kulturbehörde und Filmförderung: Hamburger Filmbrunch anlässlich der Berlinale

19 geförderte Filme bei den Internationalen Filmfestspielen

Kulturbehörde und Filmförderung Hamburg Schleswig-Holstein haben heute in Berlin zum traditionellen „Hamburger Filmbrunch“ anlässlich der 62. Internationalen Filmfestspiele eingeladen. Mehr als 600 Filmemacher, Produzenten, Schauspieler und Vertreter der nationalen und internationalen Filmbranche nutzten den ersten Sonntag der Berlinale zum gegenseitigen Austausch. Hamburgs Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler betonte in ihrem Grußwort die hohe Qualität der geförderten Filme. Die Filmförderung ist in diesem Jahr mit 19 geförderten Filmen im Programm der Berlinale vertreten.

Senatorin Prof. Barbara Kisseler: „Die länderübergreifende Förderung, sowohl von interessanten Film-Talenten, wie von ambitionierten Co-Produktionen im Kinofilmbereich, ist eine der wesentlichen Qualitäten der Filmförderung Hamburg Schleswig-Holstein. Wie sich auch auf der diesjährigen Berlinale zeigt: Dem Blick auf Europa kommt hier eine besondere Bedeutung zu. Die europäische Perspektive ist in Hamburg aber keine nur der Filmförderung. Die Stadt ist auch Sitz des paneuropäischen Vereins „European Film Promotion“, die den europäischen Film von Hamburg aus mit Erfolg in die ganze Welt trägt. Dies ist in diesem Jahr ein guter Grund für einen herzlichen Glückwunsch: zum fünfzehnjährigen Bestehen“.

Die der von der Filmförderung unterstützten Produktionen sind in acht Sektionen auf der Berlinale vertreten. Darunter laufen als Weltpremiere „I, Anna“, eine britisch/deutsch/französische Co-Produktion von Barnaby Southcombe mit Charlotte Rampling und Gabriel Byrne, und, im „Wettbewerb“ der Berlinale, die deutsch/norwegische Co-Produktion „Gnade“ von Matthias Glasner mit Jürgen Vogel und Birgit Minichmayr sowie der deutsch/portugiesische Film „Tabu“ von Miguel Gomes. Der deutsch/israelische Film „Sharkiya“ des Regisseurs Ami Livne wird in der Sektion „Panorama“ gezeigt.

Fotomaterial zum Hamburger Filmbrunch können Sie ab Sonntagnachmittag hier anfordern: berlinale@ffhsh.de oder bei Helen Peetzen, Leiterin Kommunikation der FFHSH: 0179 / 11 96 515.

Für Rückfragen:

Stefan Nowicki

Pressestelle der Kulturbehörde

040 / 42824 – 226

stefan.nowicki@kb.hamburg.de

16.02.2012/bsb16

Begleitbuch „Die große Flut“ – Katastrophe, Herausforderung, Perspektiven

Landeszentrale für politische Bildung und Museumsdienst Hamburg geben Begleitband zur Sturmflut-Ausstellung heraus

Das Buch „Die große Flut“ begleitet die gleichnamige Doppelausstellung, die aus Anlass des 50. Jahrestages der Flutkatastrophe von 1962 im Hamburgischen Rathaus und im Museum für Hamburgische Geschichte gezeigt wird.

Das Buch und die Ausstellungen spannen den Bogen von der Geschichte des Hochwasserschutzes in Hamburg über die Erzählung der Ereignisse der Flutkatastrophe bis zu den Planungen im Hochwasserschutz der Stadt bis heute. „Die große Flut“ versucht aber auch eine Einschätzung der Gefahrensituation durch Klimawandel und Meeresspiegelanstieg zu geben.

Der Erste Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, Olaf Scholz, schreibt in seinem Vorwort zum Begleitband: „Nur wenn es gelingt, die große Flut von 1962 dauerhaft im Gedächtnis zu behalten, können wir Hamburg in Zeiten des Klimawandels und steigender Meeresspiegel heute und in Zukunft hinreichend gegen Sturmfluten und deren Folgen schützen.“

Das Begleitbuch enthält neben einer ausführlichen Chronik der Ereignisse am 16. Und 17. Februar 1962 Beiträge von 12 Autorinnen und Autoren. Entscheidende Hilfe erhielt das Projekt von zahlreichen Einrichtungen und Menschen, die im Hochwasserschutz aktiv sind und die die Texte und Ausstellungen mit ihren Erfahrungen, ihrem Wissen und ihren Erinnerungen bereichert haben; von den Freiwilligen Feuerwehren bis hin zu den Deichverbänden.

Das Buch und die beiden Ausstellungen im Hamburger Rathaus und im Museum für Hamburgische Geschichte sind das Ergebnis einer erfolgreichen Kooperation: Initiiert wurde das Projekt von der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) mit dem Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer (LSBG). Als musealer Partner wurde die Stiftung Historische Museen mit ihrem Museum für Hamburgische Geschichte gewonnen.

Die Organisation übernahm der Museumsdienst Hamburg. Mitherausgeber des Begleitbuches ist die Landeszentrale für politische Bildung.

Das Buch „Die große Flut“ ist gegen eine Bereitstellungspauschale von 3,- Euro im Infoladen der Landeszentrale für politische Bildung, Dammtorwall 1, und während der Laufzeit der Ausstellungen bis zum 02. September 2012 auch im Museum für Hamburgische Geschichte erhältlich.

Informationen zu den Ausstellungen „Die große Flut“:

Hamburger Rathaus 16.2. – 4.3.2012 (geöffnet Mo-Fr 7-19 Uhr, Sa 10-18 Uhr, So 10-17 Uhr)

Museum für Hamburgische Geschichte 24.2. – 2.9.2012 (geöffnet Di-Sa 10-17 Uhr, So 10-18 Uhr)

Für Rückfragen der Medien:

Dr. Rita Bake, Tel. 040 / 4 28 23 48 04, E-Mail: rita.bake@bsb.hamburg.de

Annika Fritzsche, Tel. 040 / 4 28 23 48 08, E-Mail: annika.fritzsche@bsb.hamburg.de

16.02.2012/pr16

„Erinnerung mit Zeitzeugen teilen und wachhalten“ 50 Jahre danach: Bürgermeister Scholz erinnert an die Sturmflut- katastrophe von 1962

Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz hat an die Opfer der Flutkatastrophe im Februar 1962 erinnert und die Hilfsbereitschaft der bei der Sturmflut eingesetzten Helferinnen und Helfer gewürdigt. „Ich glaube, dass Hamburg die Bewährungsprobe damals bestanden hat – auch durch die unschätzbar wertvolle und schnelle Hilfe von außen. Hamburg wurde eine große Solidarität zuteil. Zehntausende Helfer aus dem In- und Ausland standen sofort bereit, retteten Menschenleben und beschafften das Nötigste, wo immer die Flutopfer vor dem Nichts standen“, sagte Scholz am Donnerstag vor rund 600 Gästen eines Senatsempfangs im Rathaus.

Bei aller Verzweiflung habe die Katastrophe 1962 auch gezeigt, auf wie viel Solidarität die Hamburgerinnen und Hamburger zählen konnten. „Eigene Kraft und eigenes Handeln kamen hinzu. Helmut Schmidt, damals Innensenator, ist dafür bis heute ein Beispiel. Er und seine Mitarbeiter haben entschlossen gehandelt und andere mitgezogen.“

Scholz wies auch auf die Konsequenzen aus der Katastrophe von 1962 hin. In den Folgejahren seien in Hamburg und entlang der Unterelbe die Deiche erhöht worden. Man habe den Hochwasser- und Küstenschutz grundlegend neu strukturiert. Alle Aufgaben des öffentlichen Hochwasserschutzes seien vollständig auf die Stadt übergegangen. In den vergangenen fünfzig Jahren hat Hamburg fast durchgehend an der Verstärkung der öffentlichen Hochwasserschutzanlagen gearbeitet. „Die Deiche sind seither rund zweieinhalb Meter höher geworden, es gibt Katastrophenpläne und die Informationen für die Bevölkerung wurden verbessert. Diese Anstrengungen haben dazu geführt, dass die Bedrohung heute geringer ist als jemals zuvor in der Geschichte“, betonte der Erste Bürgermeister. Seit 1962 habe es acht Sturmfluten gegeben, deren Scheitelwasserstände höher lagen als die der Katastrophensturmflut vor fünfzig Jahren.

Scholz betonte, man müsse der Erinnerung an die furchtbare Nacht im Februar 1962 Raum bieten. „Schlimme Erlebnisse lassen sich nicht einfach verdrängen und vergessen. Die Erinnerung mit den Zeitzeugen zu teilen und wach zu halten, ist Grund für die vielen Veranstaltungen, Aktionen und Ausstellungen, die in und um Hamburg dieser Tage an die Sturmflut von 1962 erinnern sollen.“

So werden am Donnerstagabend Innensenator Michael Neumann und der stellvertretende Vorsitzender der Flutopfer-Stiftung, Thomas Schröder-Kamprad, in aller Stille Kränze auf dem Gemeinschaftsgrab von 73 Opfern der Flutkatastrophe niederlegen. Gleichzeitig wird Bürgermeister Scholz bei der Gedenkfeier Am Deichdenkmal / Kirchdorfer Straße in Wilhelmsburg sprechen.

Mit dem Senatsempfang wurde auch die **Ausstellung „Die große Flut – Katastrophe, Herausforderung, Perspektiven“** im Rathausfoyer eröffnet. Gezeigt werden die Ereignisse aus Sicht der Opfer und der Fluthelfer. Außerdem stellt sie den damaligen Sturmflutschutz und die heutigen Schutzmaßnahmen gegenüber. Die Ausstellung ist werktags von 7 bis 19 Uhr, samstags von 10-18 Uhr und sonntags von 10 bis 17 Uhr bis zum 4. März 2012 zusehen. Der Eintritt ist kostenlos.

An den 50. Jahrestag der Sturmflut erinnert außerdem eine Vielzahl weiterer Veranstaltungen. Das gesamte Veranstaltungsprogramm, eine interaktive Karte des Sturmflutgebiets sowie Zeitzeugenberichte finden Sie unter: www.sturmflut.hamburg.de.

Rückfragen:

Christoph Holstein

Senatssprecher

Leiter der Pressestelle des Senats

T: 040/ 42831 2244, Fax: 040/42831 2814

E-Mail: Christoph.Holstein@sk.hamburg.de

16. Februar 2012/pr16

„... mit Herz, Verstand und Händen, die zupacken und helfen.“

Gedenkfeier am Flut-Mahnmal in Wilhelmsburg: Bürgermeister Scholz würdigt Einsatz von Hilfskräften und Nachbarn - „Das eigene Erleben hat unsere Sinne noch mehr geschärft für das Leid anderer.“

Bei einer Gedenkfeier für die Opfer der Sturmflutkatastrophe von 1962 hat Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz in Wilhelmsburg den Einsatz der Hilfskräfte und Nachbarn zugunsten der von der Flut Betroffenen gewürdigt. „Das waren Zeugnisse der Nächstenliebe von Bürgerinnen und Bürgern, die in diesen Stunden der ganzen Stadt gezeigt haben, dass wir uns aufeinander verlassen können“, sagte Scholz am Donnerstagabend.

Die Zusammenkunft in Wilhelmsburg, 50 Jahre nach der Sturmflutkatastrophe, sei „ein Augenblick der Trauer, des Innehaltens und Erinnerns. Aber so, wie wir hier stehen, so wie die Stadt der schrecklichen Ereignisse vor 50 Jahren gedenkt, so setzen wir auch ein Zeichen, dass Hamburg eine Stadt voller Solidarität ist und bleibt – mit Herz, Verstand und Händen, die zupacken und helfen.“

Scholz nannte den damaligen Innensenator Helmut Schmidt einen „Retter, der damals einen klaren Kopf behielt und das tat, was getan werden musste. Für ihn war die nötige Hilfe der Maßstab und nicht der Aktenordner. Und weil Helmut Schmidt als Innensenator so umsichtig agierte und dabei klug auch alle Hilfe von außen herholte – auch die der Bundeswehr und ihrer Alliierten – deshalb können wir heute den Nachfahren mit so viel Respekt und Achtung berichten, wie Hamburg der Flut zu trotzen versuchte.“

Die Ereignisse im Jahr 1962 hätten Hamburg auch empfindsamer gemacht für das, was anderen in der Welt widerfährt. „Als 2004 der Tsunami auf die Küsten Asiens prallte, war die Betroffenheit auch hier groß“, erinnerte Scholz. Das gleiche habe sich wiederholt, als vor fast genau einem Jahr Japan von einem Erdbeben und einer Flutwelle schwer getroffen wurde. „Das eigene Erleben hat unsere Sinne noch mehr geschärft für das Leid anderer. Wir sind alle Bewohner dieser einen Erde. Und wir stehen einander bei, wann und wo immer jemand in Not ist. Gerade ein Land wie Deutschland ist dazu in besonderer Weise verpflichtet und befähigt“, sagte Scholz.

Rückfragen:

Christoph Holstein, Senatssprecher

Tel.: 0404283122 44

Mobil: 01702881809

E-Fax: 040427915143

Mail: Christoph.Holstein@sk.hamburg.de

16.02.2012/fb16

Warnung vor betrügerischen E-Mails

Die Finanzbehörde warnt vor gefälschten E-Mails, die derzeit unter dem Namen der Steuerverwaltung verschickt werden. Diese geben vor, in einer angehängten Datei den Steuerbescheid zu enthalten, was jedoch nicht der Fall ist.

Solche E-Mails können an zwei Merkmalen erkannt werden:

1. Der Empfänger wird aufgefordert, eine im Anhang befindliche Datei zu öffnen, bei der es sich angeblich um einen Steuerbescheid handelt.
2. Der Absender kann die unterschiedlichsten Bezeichnungen haben. Dabei werden auch folgende Absender-Adressen verwandt: finanzamt@elster.de und Steuerverwaltung@elster.de. Des Weiteren werden Bezeichnungen verwendet, die allerdings nicht auf „...@elster.de“ enden. Das ist die richtige Absenderadresse bei Nachrichten aus dem Verfahren ELSTER.

Die Finanzbehörde weist darauf hin, dass sie ausschließlich Benachrichtigungen über die Abrufmöglichkeit von Steuerbescheiden versendet, aber niemals die eigentlichen Daten in Form eines E-Mail-Anhangs.

Unabhängig hiervon sollten E-Mail-Empfänger ohnehin niemals Anhänge öffnen, von denen Sie nicht sicher sind, dass sie aus einer vertrauenswürdigen Quelle stammen.

Die tatsächliche Gefährdung durch die Anhänge der jetzt aufgetauchten E-Mails wird zurzeit noch untersucht, sollte von den Empfängern zur eigenen Sicherheit aber bis auf weiteres als hoch eingestuft werden. Die Finanzbehörde empfiehlt daher, solche falschen E-Mails nicht zu öffnen und direkt zu löschen.

Beispielhaft finden Sie hier den Text einer betrügerischen E-Mail (ohne Anhang):

Von: peter@live.com [<mailto:peter@live.com>]

Gesendet: Montag, 6. Februar 2012 13:50

An: Mustermann, Max

Betreff: 2011-12 ELSTER Finanzamt 2011-2012

Sehr geehrte Damen und Herren,

für Sie wurde von Ihrem Finanzamt bzw. Ihrer Steuerverwaltung über das Verfahren ELSTER eine verschlüsselte Datei (Einkommensteuerbescheid) zur Abholung bereitgestellt.

=====Ihre Datei finden Sie als PDF-Datei im Anhang dieser E-Mail. =====

Sollten Sie die Daten nicht abholen, so werden diese nach 6 Monaten automatisch gelöscht.

Dies ist eine automatisch generierte E-Mail - bitte antworten Sie nicht an diese Mailadresse.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Finanzamt / Ihre Steuerverwaltung

www.elster.de

HINWEIS:

Sie erhalten diese E-Mail, weil Sie bei der Datenübermittlung z.B. Ihrer Steuererklärung die Mailbenachrichtigung auf diese E-Mailadresse gewünscht haben.

Bei Steuerbescheiden ist allein die Papiaerausfertigung rechtlich relevant.

Rückfragen:

Pressestelle der Finanzbehörde, Daniel Stricker

Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax (040) 4279 23 - 556

E-Mail: daniel.stricker@fb.hamburg.de

16.02.2012/fb16a

Warnung vor betrügerischen Telefonanrufen

Die Finanzbehörde warnt vor betrügerischen Telefonanrufen, bei denen sich die Anrufer als Behördenbedienstete ausgeben und zur Vermeidung von Vollstreckungsmaßnahmen die Überweisung hoher Geldbeträge fordern.

Folgende Vorgehensweise ist bislang bekannt:

Die Anrufer bezeichnen sich als Bedienstete der „Stadtkasse Hamburg“ bzw. des „Vollstreckungsamts Hamburg“ und behaupten, dass Forderungen aus Gewinnspielen oder allgemeinen Geschäftsbedingungen bei der Nutzung von Internetdienstleistungen bestünden. Sie fordern die Angerufenen in aggressivem Ton auf, zur Vermeidung von Vollstreckungsmaßnahmen mehrere Hundert bis Tausend Euro zu überweisen.

Die Finanzbehörde weist darauf hin, dass die für die Durchführung von Vollstreckungsmaßnahmen zuständige Kasse.Hamburg derartige Anrufe nicht tätigt. Vollstreckungshandlungen werden schriftlich angekündigt und durchgeführt oder von Vollziehungsbeamten im Außendienst wahrgenommen, die sich auf Verlangen ausweisen. Die Kasse.Hamburg ist ferner nicht für die Beitreibung von Forderungen aus Gewinnspielen oder anderen privatrechtlichen Verträgen zuständig.

Rückfragen:

Pressestelle der Finanzbehörde, Daniel Stricker

Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax (040) 4279 23 - 556

E-Mail: daniel.stricker@fb.hamburg.de

Terminkalen- der

Vom 20. Februar bis 26. Februar 2012

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

Montag, den 20.02.2012

18:00 Handelskammer, Börsensaal, Adolphsplatz 1
Bürgermeister Olaf Scholz, Senator Michael Neumann, Senator Dr. Peter Tschentscher, Staatsrätin Elke Badde und Staatsrat Jan Pörksen nehmen an der „**Hamburger Sportgala 2012**“ teil.

Dienstag, den 21.02.2012

10:00 Congress Centrum Hamburg, Saal 3
Senator Ties Rabe eröffnet das **Schulschachturnier „Rechtes gegen linkes Alsterufer“** und spricht ein Grußwort.

Mittwoch, den 22.02.2012

11:00 Berlin, Botschaft der Republik Slowenien, Hausvogteiplatz 3-4
Staatsrat Wolfgang Schmidt trifft den **Botschafter der Republik Slowenien, Mitja Drobnič**, zum Gespräch.

11:00 „Haus am See“ Schöneberger Str. 44
Senator Detlef Scheele spricht anlässlich der **feierlichen Eröffnungsfeier des „Haus am See“ in Hohenhorst** ein Grußwort.

17:00 Merkurzimmer der Handelskammer Hamburg, Adolphsplatz 1
Senator Detlef Scheele spricht bei der **Veranstaltung: „Fachkräfte halten und gewinnen, Möglichkeiten der betrieblich unterstützten Kinderbetreuung – Infos und Praxisbeispiele“**.

18:00 Rathaus, Kaisersaal
Senator Frank Horch spricht beim **Senatsempfang anlässlich der „Aviation Conference 2012“**.

19:00 Bildungszentrum Steilshoop, Mediothek, Gropiusring 43
Senator Detlef Scheele spricht bei der **Veranstaltung „Politik im Gespräch: Gute Sozialpolitik für Hamburg“**.

19:30 Hotel Hafen Hamburg, Seewartenstraße 9
Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek nimmt an der **Veranstaltung „Über Hamburg“** teil.

19:30 Alsterdorfer Werkstätten, Südring 36
Staatsrat Dr. Michael Voges nimmt an der **Informations- und Diskussionsveranstaltung für Eltern behinderter Kinder** teil.

19:30 Handelskammer, Adolphsplatz 1
Senator Frank Horch nimmt am **„HASPAX-Award 2012“** teil.

20:00 Ernst-Deutsch-Theater, Friedrich-Schütter-Platz 1

Senatorin Prof. Barbara Kisseler spricht ein Grußwort anlässlich des „**Plattform-Festivals**“.

Donnerstag, den 23.02.2012

- 09:00** Holiday Inn Hamburg, Billwerder Neuer Deich 14
Staatsrat Volker Schiek spricht beim **Hamburger Kommunikationstag** ein Grußwort.
- 09:00** Berufsschule Schlankreye, Schlankreye 1
Staatsrat Michael Sachs nimmt an der **Podiumsdiskussion zum Tag der Immobilienwirtschaft 2012** teil.
- 09:00** Hotel Sofitel, Alter Wall 40
Staatsrat Andreas Rieckhof hält eine **Eröffnungsrede zur „Hamburg Aviation Conference 2012“**.
- 10:30** Konzerthaus Berlin, Gendarmenmarkt, 10117 Berlin
Bürgermeister Olaf Scholz, Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt und Staatsrat Wolfgang Schmidt nehmen an der **Gedenkveranstaltung für die Opfer rechtsextremistischer Gewalt** teil.
- 11:00** Museum der Arbeit, Wiesendamm 3
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks spricht anlässlich der **Jahreskonferenz der Hamburger Wohnungsbaugenossenschaften** ein Grußwort.
- 19:00** Museum für Hamburgische Geschichte, Holstenwall 24
Senatorin Jutta Blankau eröffnet die **Ausstellung „Die große Flut Katastrophe, Herausforderung, Perspektiven“**.
- 20:00** Kultwerk West, Kleine Freiheit 42
Senator Detlef Scheele nimmt an einer **Podiumsdiskussion von Kultwerk West zum Thema „Einwandererstadt Hamburg. Fokus Sozialeinrichtungen. Berater = deutsch, Beratene = eingewandert?“** teil.

Freitag, den 24.02.2012

- 09:10** CCH Congress Center Hamburg, Am Dammtor / Marseiller Straße, Hamburg
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich der **Festveranstaltung zum 50-jährigen Bestehen von Panasonic Deutschland** ein Grußwort.
- 11:00** AK Harburg, Eißendorfer Pferdeweg 51
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks spricht anlässlich der **Einweihung des Psychatrieanbaus im AK Harburg** ein Grußwort.
- 11:00** Messe Hamburg, Bühne 1 in der Messehalle B6
Senator Ties Rabe spricht anlässlich der **Eröffnungsmesse „EINSTIEG 2012“** mit anschließendem Rundgang ein Grußwort.
- 19:00** Rathaus, Großer Festsaal
Bürgermeister Olaf Scholz hält anlässlich der **Matthiae-Mahlzeit** eine Rede.
- Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt, Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks, Senatorin Jana Schiedek, Senatorin Prof. Barbara Kisseler, Senator Detlef Scheele, Senator Michael Neumann, Senator Ties Rabe, Senator Frank Horch, Senator Dr. Peter Tschentscher, Staatsrätin Elke Badde und Staatsrat Wolfgang Schmidt nehmen teil.

Samstag, den 25.02.2012

- 09:00** Unfallkrankenhaus Boberg, Bergedorfer Straße 10
Senator Michael Neumann spricht ein Grußwort bei der **Fachtagung „Saubere Leis-**

tung – Kein Doping“.

15:00 Ruderclub Allemannia, An der Alster 47a
Staatsrätin Elke Badde spricht bei der Verabschiedung des **Präsidenten der Apothekerkammer Hamburg, Rainer Töbing**, ein Grußwort.

19:00 Hotel Atlantic Kempinski, An der Alster 73
Senator Dr. Peter Tschentscher nimmt am „**Bal de l’amitie Franco – Allemande**“ teil.

Sonntag, den 26.02.2012

12:00 Steigenberger Hotel, Fleetinsel
Senatorin Jana Schiedek hält eine Festrede „Gleichstellung der Frau – wo stehen wir – wo wollen wir hin“ beim **6. Quartett-Treffen der vier Hamburger Zonta-Clubs anlässlich des Internationalen Frauentages**.